

## Spielsucht: Sollen alle Schranken fallen?

**ÖVP und SPÖ** versuchen, ihre Verantwortung für Glücksspiel und Spielsucht im Lande an den Bund zu verweisen. Nun liegt ein Gesetzesentwurf des Bundes vor, der eine deutliche Verschlechterung darstellt. Es wäre erlaubt, in einer Stunde 3600 Euro zu verzocken, das Land dürfte gar nicht mehr eingreifen und Therapiemaßnahmen sind kein Thema Seite 2

POST-LIBERALISIERUNG  
**Brief nach Italien landete in Leipzig** S. 6

WEIHNACHTSGESCHENKE  
**Geschenk-Tipps fürs schmale Börserl** S. 18/19

DICKE SCHLITTEN  
**Feudaler Fuhrpark der Landesregierung** S. 15



BIGSHOT

Wilde Gestalten machen sich gegen den 5. Dezember hin bereit, den Schlimmen den Garaus zu machen. Und während sich die meisten Menschen hierzulande auf den Nikolaus freuen können, sollte sich so mancher Manager zweimal überlegen, ob er am Krampusabend vor die Tür geht. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern einen schönen Jahresausklang und ein gutes Jahr 2009!



### Peter Scherz: Die Stimme aus dem Betrieb!

Arbeiterkammer  
**WAHL**  
19. MÄRZ - 1. APRIL  
**2009**  
www.akstmk.at

Gewerkschaftlicher  
**LINKS**  
**BLOCK**



## GESETZESENTWURF

**Skandalös** ist der Gesetzesentwurf des Bundes, der das Glücksspiel einheitlich regeln soll. Er wird schon jetzt „Lex Novomatic“ genannt, weil er Vorgaben enthält, die nur der heimische Glücksspielriese erfüllen kann. So muss ein Betreiber von Automatenanlagen über ein Kapital von 50 Millionen Euro verfügen.

**Der Spielerschutz** wird noch schlechter. Der Höchsteinsatz pro Spiel soll von 50 Cent auf 10 Euro angehoben werden. Bei einer Spieldauer von 10 Sekunden lassen sich legal in einer Stunde 3600 Euro verspielen. Im Entwurf ist keine Rede vom Vollzug der Sperr- und Kontrollmöglichkeiten. Therapie- und Hilfsmaßnahmen für Spielsüchtige und deren Familien kommen gar nicht vor.



GESETZESNOVELLE DES BUNDES: LIZENZ ZUM ABKASSIEREN FÜR

# Automatenflut bald in ga

Statt mehr Beschränkungen beim „kleinen Glücksspiel“ sieht eine Gesetzesnovelle des Bundes die Freigabe für alle Bundesländer, höhere Spieleinsätze und die Förderung von Automatenkonzernen vor.

## ABZOCKE

**Beim Kleinen Glücksspiel** gewinnen unter dem Strich nicht die Spieler. Die Automaten sind vernetzt und die gesamte Ausschüttung (oft nur 30 bis 40%) vom Betreiber frei wählbar.

**International** ist es üblich, die Gewinnwahrscheinlichkeit auf den Automaten anzugeben. In Österreich passiert das nicht – um Spieler nicht zu entmutigen. Auch wird andernorts – etwa in den USA – stärker darauf geachtet, dass die Automaten nicht vom Betreiber manipuliert werden.

**E**rst kürzlich machte der Fall eines 26jährigen spielsüchtigen Oststeirers Schlagzeilen, der seinem Leben ein Ende setzen wollte und in ein entgegenkommendes Auto raste, dessen Lenker er mit in den Tod riss. Das Leid, das Spielsucht über immer mehr Familien bringt, ist unermesslich.

## Bundesweite Zwangsbeglückung

Davon ungerührt agiert die Politik. Nachdem die steirischen Politiker von SPÖ und ÖVP jahrelang auf Verzögerungstaktik gesetzt haben, will jetzt der Bund die Agenden in Sachen Automatenspiel an sich reißen. Der Grund ist jedoch nicht die Sorge um die Menschen in Österreich, sondern vielmehr eine „**Kapitulation der Politik vor einem Glücksspielkonzern**“, wie es

KPÖ-Landtagsklubobmann Ernest Kaltenegger bezeichnet.

Nun soll das sogenannte „Kleine Glücksspiel“, das derzeit nur in vier Bundesländern erlaubt ist, bundesweit legalisiert werden. Länder und Gemeinden sollen keinerlei Mitsprachemöglichkeiten mehr haben, wenn es um die österreichweite Zwangsbeglückung mit Spielautomaten geht. Auch die Steuereinnahmen (25% des Jahresbruttospielgewinnes) sollen nicht die Länder, sondern der Bund kassieren.

## Erlaubte Einsätze werden erhöht

Schon jetzt gibt es viel zu viele Spielautomaten in der Steiermark, die Zahl der Betroffenen – der Spieler und ihrer Familien – steigt. Dringend benötigt werden wirksame Maßnahmen

gegen das ruinöse Glücksspiel. Stattdessen geht Finanzminister Molterer den entgegengesetzten Weg: So sollen die erlaubten Einsätze von derzeit 50 Cent (denen ein Maximalgewinn von 20 Euro pro Spiel gegenübersteht) auf 10 Euro angehoben werden. Die Beträge, die man dadurch innerhalb kürzester Zeit legal verspielen kann, sind astronomisch.

## 3600 Euro pro Stunde

Bei einer Spieldauer von 10 Sekunden wäre theoretisch ein Verlust von 3.600 Euro innerhalb von nur einer Stunde möglich. Festgelegt wird außerdem, dass Automaten von Gesetzes wegen (!) einen Banknoteneinzug haben.

„*In Gesprächen mit den Spitzenbeamten der zuständigen Abteilung des Finanz-*



Bis zu 80.000 Steirerinnen und Steirer sind als Spieler/innen oder deren Angehörige von Spielsucht betroffen. Trotzdem verweigern steirische Politiker seit Jahren Hilfsmaßnahmen für Spielsüchtige. Wenn in der Steiermark nur Automaten-Abgaben in der Höhe wie sie in Wien üblich sind eingeführt würden (1400 Euro pro Automat und Monat statt 462 Euro), gäbe es schon reichlich Mittel für Therapie und Hilfe.

## GLÜCKSSPIELKONZERNE

# nz Österreich

*ministeriums bekommt man den Eindruck, dass man dort nicht über die Auswirkungen des Glücksspiels besorgt ist, sondern über den Abfluss von Geldmitteln in Spielhöhlen des benachbarten Auslandes",* stellte Kaltenegger fest.

### „Maßgeschneidert für Novomatic“

Die vorgelegte Novelle ist aus Sicht Kalteneggers auf die Interessen eines einzigen Konzerns zugeschnitten: Nur Novomatic kann die Auflagen für eine Konzession (50 Mio. Euro Eigenkapital) erfüllen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass ehemalige Aufsichtsratsmitglieder in der derzeitigen Bundesregierung tätig sind. Ernest Kaltenegger: *„Was Finanzminister Molterer hier vorlegt, ist verantwortungslos. In ganz Österreich wird die Zahl der*

*Spielsüchtigen dramatisch ansteigen, mit allen bekannten negativen Folgen für die Betroffenen und die gesamte Gesellschaft.“*

### Spieler- und Datenschutz eine Farce

Zwar müssen die Betreiber laut Gesetzesentwurf ein Spielerschutzkonzept vorlegen und ihre Mitarbeiter/innen in Sachen Suchtprävention schulen, bei Nichteinhaltung drohen jedoch keinerlei Konsequenzen. Daten einzelner Spieler, die vorgeblich dem Spielerschutz dienen sollen, könnten genauso zur intensiveren Kundenbindung und Ausbeutung der Spielenden benutzt werden.

*„Dieses Gesetz muss zurück an den Start!“,* so die klare Aufforderung Kalteneggers an die Bundesregierung.



## MEINUNG

Ernest Kaltenegger,  
KPÖ-Klubobmann im Landtag

## Feuerwehr mit Benzinspritze

**N**iemand mehr kann heutzutage die Probleme mit der zunehmenden Spielsucht leugnen. Tausende Existenzen wurden dadurch schon zerstört, Familien in den Ruin getrieben, Menschen sind in die Kriminalität abgeglitten.

**U**nter dem Druck dieser Entwicklung und heftiger Kritik aus der Bevölkerung verspricht die Regierung Abhilfe. Der Finanzminister hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem die Spielsucht eingedämmt werden soll. Zugangsbeschränkungen und mehr Kontrollen werden versprochen. Doch ein genaueres Studium dieses Entwurfes lassen jedem kritischen Menschen die Haare zu Berge stehen!

**E**s ist, als ob dieses Gesetz in den Chefetagen eines großen österreichischen Glücks-

spielkonzerns entstanden wäre. So zum Beispiel sollen die zulässigen Höchstesätze pro Spiel gleich um den 20fache (!) angehoben werden. Damit ist es theoretisch möglich, innerhalb nur einer Stunde mehr als 3000 Euro am Geldspielautomaten zu verlieren. Dieser Gesetzesentwurf gleicht dem Versuch, einen Schwelbrand mit Benzin zu löschen.

**D**ie Landesregierung hat jetzt noch die Gelegenheit mit einer negativen Stellungnahme den Finanzminister zur Rückziehung dieses skandalösen Entwurfes zu bewegen. Tut sie es nicht, muss sie sich wohl den Vorwurf der Komplizenschaft bei der Geschäftemacherei mit der Spielsucht gefallen lassen.

Ernest Kaltenegger,  
Tel. 0316 / 877 51 04  
ernest.kaltenegger@stmk.gov.at

## KLEIN, ABER MIT BISS



Mein Anlageberater hat mir empfohlen auch Schrauben, Zigarettensammel und Kaugummireste mit ins Depot zu nehmen. Das wäre eine Anlage mit Risikostreuung, meinte er.

## INHALT

Aus dem Landtag.....	4/5
Die Post zusperren? .....	6
Wenn Kredite platzen .....	7
Nützt die Arbeiterkammer?....	8/9
Infos zum Regress .....	10
Dicke Schlitten beim Land .....	15
Impressum.....	15
Banken plündern den Staat 16/17	
Geschenktipp, Tierecke.....	18/19
KPÖ- immer für Österreich .....	20
Wenig Geld fürs Obst .....	21
Kleinanzeigen/Leserbiefe ...	22/23
Hilfe bei hohen Heizkosten .....	24

FÜR AMTLICHE PREISREGELUNG – AUCH BEI ENERGIEPREISEN

# Runter mit dem Gaspreis!

Die steirische Estag erhöht den Gaspreis drastisch, obwohl das Erdgas ab 2009 deutlich billiger wird. Im Landtag hat die KPÖ Landeshauptmann Franz Voves dazu gedrängt, endlich wirksame Maßnahmen für soziale Energiepreise zu setzen. Appelle an die Bundesregierung sind zu wenig.

flickr/AliceL85



## Fahrpreisermäßigung für Studierende

Bis 1996 fuhren Schüler und Studenten im öffentlichen Nahverkehr gratis. Mit dem zweitem Sparpaket der Regierung Vranitzky wurde diese Freifahrt abgeschafft. Seither gibt es für Studierende nur mehr Ermäßigungen; in der Steiermark fallen diese geringer aus als in anderen Bundesländern. Auf Antrag der KPÖ wurde jetzt im Landtag eine Verbesserung beschlossen: Künftig soll die Studienkarte mindestens um 50 Prozent ermäßigt werden. Außerdem wird der Anspruch auf diese Karte vom Bezug der Familienbeihilfe entkoppelt. Ob der Beschluss umgesetzt wird, liegt an der zuständigen Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP). Sie hat schon einmal einen Landtagsbeschluss ignoriert. Werner Murgg (KPÖ): „Auf die vom Landtag beschlossene Öffnung der Landestankstellen und damit auf günstigeren Sprit warten die Steirerinnen und Steirer bis heute!“

*Die Spitzenrepräsentanten des Landes sind nicht in der Lage, die mehrheitlich landeseigene Energie Steiermark (Estag) von dieser Erhöhung abzuhalten. Das ist grotesk!“, so KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger.*

Bereits Anfang November haben Zeitungen berichtet, dass die Gaspreise wieder fallen und Wien Energie und EVN

die Preise deshalb mit Jänner 2009 senken, während aus der Estag nur verlautete, sie wolle den Markt beobachten. Für Kaltenegger ist es skandalös, dass der Abwärtstrend bereits im September erkennbar war, lange bevor die Estag eine Erhöhung angekündigt hatte.

Landeshauptmann Voves machte eine deutliche Aussa-

ge. Als Mehrheitseigentümer erwarde er sich von den Estag-Managern eine Preissenkung, sollten die Einstandspreise fallen. Ein Antrag der KPÖ, wonach von der Landesregierung alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen sind, um eine Senkung des Gaspreises bereits im Jänner 2009 zu erreichen, wurde einstimmig angenommen.

## Euro-Militärstützpunkt

Der Militärflughafen Zeltweg wird zum Südost-Europa-Stützpunkt der EU ausgebaut. Zahlen muss Österreich, nicht nur für die Eurofighter, sondern auch für den Ausbau des Flughafens. Die Gemeinde Zeltweg hat dagegen protestiert und fordert auch das Land zu Maßnahmen auf, die Bevölkerung vor dem Bundesheer zu schützen. Während man beim Bundesheer eher auf neue

militärische Geheimhaltung setzt, will Landesrat Schützenhöfer den Militärflughafen für eine Flugshow öffnen. Trotz aller bekannten Skandale um Korruption bei der Eurofighter-Anschaffung möchte er seitens des Landes 800.000 Euro dafür ausgeben.

Originell: Für die Therme Fohnsdorf, die in der Einflugschneise liegt, hat der Tourismuslandesrat kein Geld.



# Wirtschaftskrise

Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt auf der irrtümlichen Annahme, der andere werde

gepumptes Geld zurückzahlen. Tut es das nicht, so erfolgt eine so genannte „Stützungsaktion“, bei der alle bis auf den Staat gut verdienen. Solche Pleite erkennt man daran, dass die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie ja dann auch meist nichts mehr.

Kurt Tucholsky, im Jahr 1931

foto: wikipedia commons



Bilder aus dem sehenswerten Film „Let's make MONEY“ von Erwin Wagenhofer. Er sagt zur Entstehungsgeschichte: Vor Jahren fiel mir der Werbespruch einer Bank auf, der lautete „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten“. Wenn man über diesen Spruch nachdenkt, kommt man schnell zu der Erkenntnis, dass das ein unfassbarer Schwachsinn ist. Geld kann nicht arbeiten. Arbeiten können Menschen, Maschinen und vielleicht noch Tiere.



## FALSCHER WOHNBAUPOLITIK

# Zu wenig Wohnungen

Bis 2012 werden in der Steiermark 32.000 Wohnungen fehlen, so Landesrat Seitinger (ÖVP). Für KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker ist das ein Zeichen für die verfehlte Wohnbaupolitik der letzten Jahre. Die KPÖ hat stets kritisiert, dass Wohnungsgelder für das Stopfen von Budgetlöchern verwendet werden. Drei Milliarden Euro aus den Wohnbau-

geldern des Landes wurden in den vergangenen Jahren bereits entnommen.

Während in den Neunzigerjahren noch rund 2.740 neue Wohnungen pro Jahr gebaut wurden, waren es 2006 nur noch 1.865. „Wir brauchen mehr Mittel für den sozialen Wohnbau, sonst wird es zu dramatischen Entwicklungen kommen“, warnt Ernest Kaltenecker.

## KOMMENTAR

KASINOKAPITALISMUS AM ENDE

# Wir alle zahlen die Zeche!

VON KPÖ-LABG. RENATE PACHER



Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist in einer tiefen Krise. Doch die fällt nicht plötzlich vom Himmel, sondern ist das Ergebnis konkreter Handlungen. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus standen dem Kapitalismus plötzlich riesige neue Märkte und Gewinnmöglichkeiten offen. Gleichzeitig wurde der Druck auf die Politik erhöht, alle Bereiche des Lebens dem Kapital - und damit dem Gewinn - zu öffnen. Alles privat - nur was keinen Gewinn bringt, dem Staat, nach dieser Devise wurde gehandelt.

Die neuen Gewinnmöglichkeiten haben eine grenzenlose Gier entfacht. Plötzlich war der „normale“ Profit aus Produktion und Handel nicht genug. Die Weltwirtschaft wurde von der Produktion realer Güter immer mehr abgekoppelt.

Unvorstellbare Geldmengen zirkulierten täglich um den Erdball, auf der Suche nach den profitträchtigsten Anlageformen. Dabei wurden Finanzprodukte gehandelt, die nur auf Speku-

lation beruhten. Die Finanzwirtschaft wurde in ein Casino verwandelt. Das System ist jetzt wie ein gigantischer Kettenbrief geplatzt.

In dieser Krise soll nun der Staat als Retter einspringen, hunderte Milliarden werden bereitgestellt. Die Gewinne sind zuvor in die Taschen Privater geflossen, für die Verluste soll die Allgemeinheit aufkommen. Gibt es keinen Widerstand, wird diese Krise des Kapitalismus von den arbeitenden Menschen bezahlt.

Wir meinen, die Verantwortlichen müssen zur Kasse gebeten werden - und die Politik muss aus den Geschehnissen lernen. Mehr Demokratie, mehr gesellschaftliches Eigentum und strenge öffentliche Kontrollen sind nötig. Und es muss gefragt werden, ob dies kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem Streben nach Maximalprofit wirklich im Interesse der Mehrheit der Menschen liegt oder ob es abgeschafft werden soll.

renate.pacher@kpoe-steiermark.at

Tel. 035 12 / 822 40

# Gegen weitere Pensionskürzungen

Auf viele Landesbedienstete kommen mit dem Pensionsgesetz 2009 weitere Verschlechterungen zu. Unter dem beschönigenden Titel „Harmonisierung“ wird es zu einer weiteren Anhebung des Pensionsantrittsalters kommen. SPÖ, ÖVP und Grüne begrüßten die Maßnahmen.

Ernest Kaltenecker (KPÖ) präsentierte folgendes Rechenbeispiel: Der Staat gibt im Jahr

für die Pensionskassen 7,3 Milliarden Euro aus. Tendenz fallend, weil man sich angeblich das System nicht mehr leisten könne. Vor wenigen Tagen wurde ein 100 Milliarden Euro Paket für die privaten Banken verabschiedet. Mit diesem Geld könnte man 15 Jahre lang die Pensionszuschüsse finanzieren. Gegen die Stimmen der KPÖ wurde das Pensionsgesetz leider beschlossen.



**Post schützen**

Die Schließungspläne des Post-Managements beschäftigten auch den steirischen Landtag. Ernest Kaltenegger (KPÖ): „Wenn jetzt nur über die Manager geschimpft wird, greift das zu kurz. Die Ursachen liegen woanders.“ Das Problem habe bereits 1996 mit der Ausgliederung der Post begonnen und wurde 2006 mit dem Börsegang fortgesetzt. All diese Maßnahmen sind von ÖVP und SPÖ beschlossen bzw. mitgetragen worden.

„Was wir heute erleben, ist eine Kindesweglegung im großen Stil“, so Kaltenegger. Die KPÖ stellte einen Antrag an die Bundesregierung, die Teilprivatisierung der Post rückgängig zu machen, die EU-Liberalisierungsrichtlinie im Postbereich auszusetzen, Mindestlöhne für Zustellerinnen und Zusteller nach deutschem Vorbild einzuführen und private Anbieter zu verpflichten, dem universalen Versorgungsauftrag nachzukommen. Während die Post verpflichtet ist, flächendeckende Leistungen anzubieten, können sich die Privaten bisher die Rosinen herauspicken. Zum Mindestlohn und Versorgungsauftrag wurde der Antrag einstimmig angenommen. Die Rücknahme der Teilprivatisierung und die Aussetzung der Liberalisierungsrichtlinie lehnten SPÖ und ÖVP ab. Der Landtag spricht sich gegen die Schließung von Postfilialen aus.

**Raus aus der Sackgasse!**



POST-PRIVATISIERUNG: KUNDEN SIND DIE VERLIERER  
**Post auf Rundreise**

Von einem EMS-Brief nach Italien, der nicht und nicht ankommen wollte. Surrile Auswüchse der „Auslagerungspolitik“.

Ein steirischer Verein hatte einen Gast aus Italien eingeladen und wollte ihm ein Bahnticket für die Fahrt nach Graz zukommen lassen.

Herr K., Mitarbeiter des Vereins, fragte daher am Montag, den 3. 11., bei der Post nach, wie man es anstellen könne, dass der Brief mit dem Ticket rechtzeitig beim Empfänger in einem Dorf nahe Modena, Italien, einträfe. Die freundliche Postangestellte empfahl den Brief als EMS-Sendung aufzugeben. Dann sei er ganz sicher Mittwoch vormittag da. Kosten: 35 Euro.

Donnerstag mittag erhielt Herr K. einen Anruf aus Italien:

Der Brief sei noch nicht angekommen. Die italienische Post wisse auch nicht mehr. Herr K. forschte nach und rief bei der Servicehotline der österreichischen Post an. Er erfuhr, in diesem Fall sei DHL, eine 100%ige Tochter der Deutschen Post, als Vertragspartner der Post zuständig.

**Bologna – über Leipzig**

„Auf der Homepage von DHL war zu erfahren, dass die Post den Brief in Graz an DHL übergeben hatte. Die weitere Route ließ sich im Internet über Linz und Leipzig (!) nach Bologna verfolgen. Letzte Information: Mittwoch, 5.11., 9.25 Uhr: Sendung in Zustellung“, erzählt Herr K. Eine Zustellung erfolgte jedoch nicht. Trotz Zustellgarantie kam der EMS-Brief nicht rechtzeitig an, das Bahn Ticket musste noch einmal gekauft werden.

Herr K. ärgert sich: „Für dieses Service zahlt man 35 Euro. Man gibt die Telefonnummer an. Aber man erhält keinen Anruf, wenn die Zustellung nicht funktioniert hat. Statt den Brief selbst zu befördern und von ortskundigen Briefträgern zustellen zu lassen, hat die Post diesen Dienst einfach an DHL ausgelagert und damit das Service verschlechtert.“

Die Deutsche Post war 2006 bei der Teilprivatisierung der Österreichischen Post mit dem Versuch, einen Anteil von 25 Prozent zu erwerben, gescheitert. Stattdessen gibt es nun eine enge Kooperation zwischen österreichischer Post und der deutschen DHL. Es zeigt sich heute, dass die Teilprivatisierung nichts Gutes brachte. Zur Befriedigung der Aktionäre sollen 9000 Postler vor Tür gesetzt, fast alle Postämter geschlossen werden.



**SKANDALÖSE FOLGEN DER POSTPRIVATISIERUNG:**

Beschäftigte:	von 35.493 (1999)	auf 25.764	= minus 27,5%
Postämter:	von 2.468 (2000)	auf 1.311 (2007)	= minus 47%
Gewinn (EBIT):	von 28 Millionen (2003)	auf 163 Millionen (2007)	= plus 580 %
Dividende pro Aktie:	von 0,51 EUR (2003)	auf EUR 1,40 (2007)	= plus 275 %

Und die Zukunft? Sollten Pläne des Post-Managements verwirklicht werden, heißt das bis 2015: Halbierung der Beschäftigten seit 1999 (minus 47%) und Schließung von 88% aller Postämter.

HANDLUNGSBEDARF BEI  
STEIRISCHEM WOHNBAU

# Wenn Kredite platzen

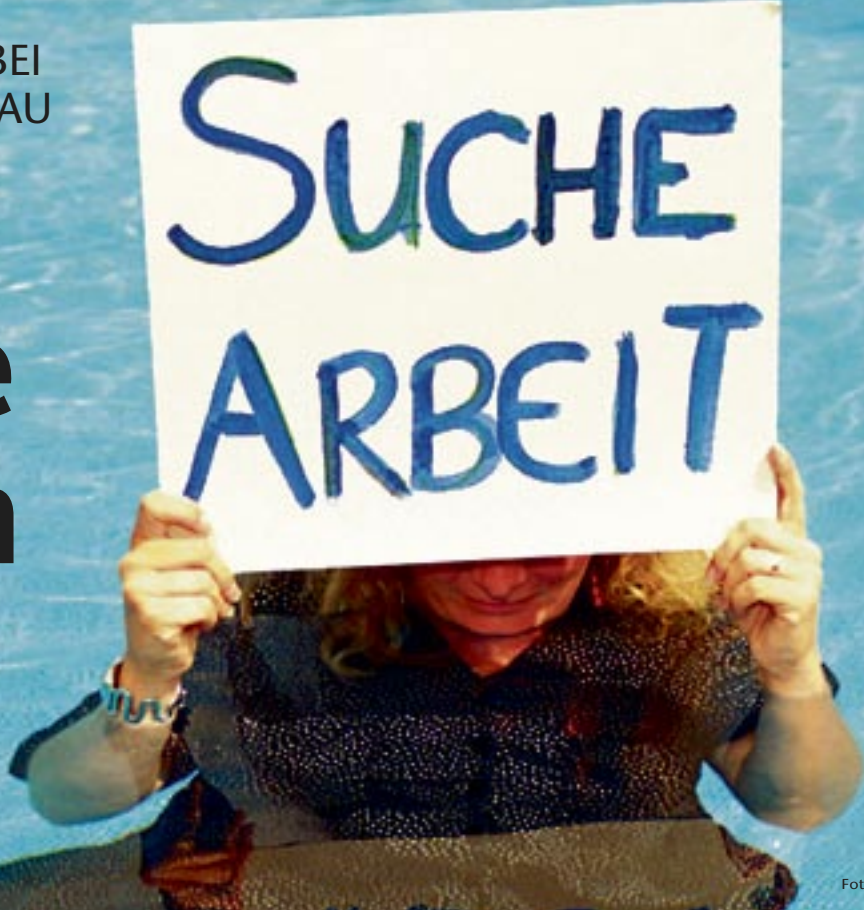


Foto Begsteiger

Jobverlust – steigende Kreditkosten – Zwangsversteigerungen. Die Krise erfordert ein rasches Konzept für leistbare Mietwohnungen.

**Albert und Else K.** (Namen geändert) haben es geschafft: Der Traum vom eigenen Haus ist wahr geworden. Zwar haben sie einen Kredit in Franken über 120.000 Euro aufgenommen, aber die Zinsen sind niedrig. Außerdem sparen sie sich die Miete und sind unabhängig.

Doch Ende Oktober bricht die Katastrophe über die Eltern von zwei Kindern im Alter von drei und sieben Jahren herein: Die Bank teilt den beiden mit, sie müssen ihren Schweizer-Franken-Kredit in Euro umschulden. Andernfalls drohe mangels Sicherheiten der Verlust ihres Eigenheimes.

Drei Tage später: nächste Hiobsbotschaft: Else K. verliert ihre Arbeit in der Automobil-

zulieferindustrie. Familie K. kann ihre Raten nicht mehr bestreiten. Die Zwangsversteigerung droht.

**Das Schicksal** von Familie K. ist kein Einzelfall. Bereits rund 30.000 Kreditnehmer/innen in Österreich droht der Verlust des über Fremdwährungskredite finanzierten Eigenheimes.

Aufgrund der sich abzeichnenden Kündigungswelle, die heuer in der Steiermark schon 2000 Menschen den Arbeitsplatz gekostet hat, erfasst die Katastrophe immer weitere Kreise von Kreditnehmern – auch in heimischer Währung. Bei der Vergabe von neuen Krediten sind die Banken zunehmend zurückhaltend.

**Der Bedarf an** Mietwohnungen steigt sprunghaft. Doch leistbare Mietwohnungen sind rar.

**„Jetzt rächen sich die**

Versäumnisse in der steirischen Wohnungspolitik bitter“, stellt Ernest Kaltenegger,

Landtagsklubobmann der KPÖ, fest. „Seit Jahren haben wir vergeblich vor den Folgen der Budgetpolitik des Landes gewarnt. Zum Stopfen von Budgetlöchern wurden die Wohnbau-Fördertöpfe geplündert.“ Auf diese Weise wurden dem Wohnbau bereits 3 Milliarden Euro entzogen.

**Selbst Landesrat** Seitingner (ÖVP) hat kürzlich zugegeben, dass bis 2012 32.000 Wohnungen in der Steiermark fehlen werden. Kaltenegger warnt: „Ohne verstärkte Wohnbautätigkeit wird es in der Steiermark zu einer dramatischen Entwicklung kommen.“ Bereits in den letzten fünf Jahren sind Mieten doppelt so stark gestiegen wie Inflation und Löhne.

*„Ohne verstärkte Wohnbautätigkeit wird es in der Steiermark zu einem dramatischen Engpass an leistbaren Wohnungen kommen“ (Ernest Kaltenegger, KPÖ)*

## 10 JAHRE WOHNUNGSPOLITIK IN GRAZ

**Anfang der 90er Jahre:** KPÖ richtet Mieternotruf und Rechtshilfefonds für Spekulantopfer ein.

**1997:** KPÖ sammelt mehr als 17.000 Unterschriften für eine Belastungsobergrenze bei Gemeindewohnungen sowie ein Mietzinszahlungsmodell.

**1998** übernimmt die KPÖ mit Ernest Kaltenegger das Wohnungsressort in Graz

**1999:** Mieten bei Gemeindewohnungen werden um 10% gesenkt.

**2002:** Start der Sanierungsoffensive der KPÖ mit dem Slogan: „Auch das ist Kultur: Ein Bad für jede Gemeindewohnung.“

**2003/04:** Durch eine Volksbefragung verhindert die KPÖ den Verkauf der Gemeindewohnungen.

**Sept. 2008:** Die KPÖ verhindert die Erhöhung der Kategoriemieten bei Gemeindewohnungen. Die Sanierung von mehr als 1000 Gemeindewohnungen ist abgeschlossen weiter erfolgen noch.



## KOMMENTAR



## Ein bissl was geht noch!

Von Peter Scherz  
Arbeiterkammerrat des GLB:

Über den Abschluss bei den Lohnverhandlungen für die Metallbranche (siehe unten) brauchen wir uns nicht zu freuen. Fair wären meiner Meinung nach 5 Prozent gewesen.

Doch die Unternehmenseite setzte absichtlich auf Verzögerungstaktik. Die täglich neu über uns hereinprasselnden Hiobsbotschaften der sich anbahnenden Wirtschaftskrise sollten uns zermürben. Die Gewerkschaft war vor diesem Hintergrund nicht überzeugt, dass man mit Streiks mehr erreichen könne, also musste sie dem Kompromiss zustimmen.

Offen ist, ob dieses Taktieren der Wirtschaft tatsächlich etwas gebracht hat. Schließlich rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem Rückgang der Exporte. Umso mehr Bedeutung kommt

daher der Kaufkraft im Inland zu. Sinkt diese, hat auch die Wirtschaft nichts davon.

Den Banken hat die Regierung großzügig unter die Arme gegriffen. Ein Konjunkturpaket für die Wirtschaft kann zumindest als Trostpflaster für die Beschäftigten durchgehen, wenn dadurch die Kündigungswelle eingedämmt wird. Doch davon abgesehen sollte die Politik kreativ werden und Vorschläge machen, die auch den kleinen Leuten etwas bringen. Doch danach sieht es nicht aus. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass jetzt ausgetestet wird, wie weit man die Arbeiter/innen noch auspressen kann. „Ein bissl was geht noch“, scheint hier das Motto von Politik und Wirtschaft zu sein,

meint Ihr Peter Scherz

### METALLER-LOHNABSCHLUSS: 3,8%

## Bescheidener Lohnabschluss

Vier Verhandlungsrunden waren notwendig, bis sich die Sozialpartner auf eine Erhöhung der Mindest- und Ist-Löhne für 2009 einigen konnten.

So sollen die unteren Einkommensschichten (bis rund 1.500 Euro brutto) um 3,9% mehr, alle anderen eine 3,8%ige Lohnerhöhung bekommen. Hinzu soll eine nach dem Betriebseinkommen (Ebit) gestaffelte Einmalzahlung zwischen 100 und 250 Euro kommen, die auch an Lehrlinge ausgezahlt werden soll.

Mit 3,8 Prozent ist der

Lohnabschluss mager ausgefallen und liegt genau bei der Inflationsrate. Die Einmalzahlung ist auch kein Trost. Der niedrige Abschluss ist kein Wunder bei dem Gejammer von Börsenkrise und Bankencrash – die Aufträge werden davon nicht mehr.

Eines muss aber gesagt werden: Es wäre in früheren Jahren besser gewesen, höhere Löhne an die Arbeiter auszuzahlen, anstatt die Gewinne an der Börse zu verspekulieren. Auch jetzt wäre es besser die Massenkraft zu stärken.

coming soon: <http://glb.volxstimme.at/>



## GESCHICHTE UND NUTZEN AK schützt

Seit 1920 gibt es die Arbeiterkammer. Sie begutachtet Gesetze, bietet Rechtsschutz in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen und schützt Konsumenten.

Jahr 1920 hat die Kammer für Arbeiter und Angestellte immer wieder ganz wesentlich zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der unselbstständig Beschäftigten beigetragen.

### Mehr Rechte für Beschäftigte

1955 wurde das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) beschlossen. An seinem Zustandekommen war die AK entscheidend beteiligt. Damit gab es erstmals verpflichtende Regelungen zur Absicherung im Krankheitsfall sowie eine garantierte staatliche Altersversorgung. In den 70er Jahren folgten verpflichtende Bestimmungen zu Kündigung, Abfertigung, Urlaub, Lehre, Teilzeit, Urlaubsgeld und vielem mehr.

1959 wurde das BFI zur beruflichen Weiterbildung gegründet, 1961 erfolgte die Gründung des „Vereins für

Für viele unselbstständig Beschäftigte ist die Arbeiterkammer die erste Adresse, wenn sie Rechtshilfe brauchen, weil es bei Abrechnung, Bezahlung oder Beendigung von Dienstverhältnissen zu Ungeheimheiten kommt.

Als Pflichtmitglieder der AK können sie dieses Service kostenlos in Anspruch nehmen. Finanziert wird die AK durch die sogenannte „Kammerumlage“. Sie beträgt 0,5 % des Bruttoverdienstes, wird von allen unselbstständig Beschäftigten eingehoben und von ihren Dienstgebern abgeführt.

Seit ihrer Gründung im



<http://www.akstmk.at/>

DER ARBEITERKAMMER

# Arbeiterrechte

Der Linksblock (GLB) tritt als einzige parteiunabhängige Kraft bei den Arbeiterkammer-Wahlen vom 19. 3. bis 1. 4. 2009 an.

Konsumenteninformation“, Einrichtungen, die heute nicht mehr wegzudenken sind.

## Dorn im Auge der Wirtschaft

Immer wieder versuchten Industrie, Wirtschaft und auch die FPÖ die Interessensvertretung der Arbeitnehmer/innen zu schwächen oder gar ganz abzuschaffen, doch bei einer Mitgliederbefragung stimmten 1996 mehr als 90 % für einen Weiterbestand der AK.

Rund 2,7 Millionen Mitglieder zählt die Arbeiterkammer in Österreich derzeit. Die AK-Wahlen bestimmen über die politische Zusammensetzung der Mitglieder in der AK-Vollversammlung. Sie finden alle fünf Jahre statt, in der Steiermark das nächste Mal vom 19. März bis zum 1. April 2009.

Als einzige parteiunabhängige Kraft tritt der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB)

mit Arbeiterkammerrat Peter Scherz bei dieser Wahl an.

## Linksblock tritt an

„Wir sind die Stimme jener, die noch in den Betrieben arbeiten und wissen, wo die Menschen der Schuh drückt“, sagt Peter Scherz, Beschäftigter und Betriebsrat bei Magna-Steyr. „Der GLB wendet sich gegen das kapitalistische System, in dem der Profit an erster Stelle steht und die Lösung von Problemen aus menschlicher Sicht zweitrangig ist. Auch, wenn die große Masse 'Hurra' schreit, getrauen wir uns – selbst gegen die allgemeine Meinung – Fehlentwicklungen aufzuzeigen und dagegen anzukämpfen“, sagt Peter Scherz.

Der GLB hat die Rufe nach „mehr Privat – weniger Staat“ stets verurteilt und jahrelang vor den Folgen einer Deregulierung der Märkte gewarnt.

WENN DER JOB WEG IST

## „Fühle mich wertlos“

Die Kündigung kam ohne Vorwarnung. Eine Frau aus dem Bezirk Voitsberg erzählt über finanzielle Folgen und Selbstzweifel.

Es war ein Tag wie jeder andere. Und es traf sie wie ein Blitz aus heiterem Himmel: Frau Macher (Name wurde geändert), die seit bereits zwei Jahren in der Autozulieferbranche tätig war, wurde ins Büro gerufen. „Es tut uns leid, aber wir können Sie nicht mehr beschäftigen. Bitte melden Sie sich morgen wieder bei Ihrer Leihfirma.“

Dieser Satz stand am Beginn einer Arbeitslosigkeit, die Frau Macher nicht nur in eine finanzielle, sondern auch in eine ganz persönliche Krise gestürzt hat.

„Zuerst habe ich die Schuld noch bei mir selbst gesucht, aber als ich kürzlich einen ehemaligen Arbeitskollegen getroffen habe, der mir erzählt hat, dass auch bereits

30 fix angestellte Beschäftigte gekündigt worden sind, habe ich eingesehen: Es hat nicht mit mir zu tun“, erzählt sie.

Das Arbeitslosengeld von 670,- Euro reicht nicht zum Leben. Der Gang zum Sozialamt war beschwerlich. „Man fühlt sich mies“, sagt Frau Macher. „Wissen Sie, das Schlimmste ist, dass ich den Kindern nichts bieten kann“, bedauert sie.

Das Gefühl, nichts wert zu sein, geht an die Nieren. „Mein größter Wunsch ist es, bald wieder Arbeit zu finden“, gesteht die 48jährige. Sie sucht eine Vollzeitarbeit. Bisher wurden ihr nur Teilzeitjobs angeboten, zu schlecht bezahlt, um mit dem Geld über die Runden zu kommen.

Immer mehr Betriebe in der Region streichen Arbeitsplätze. Frau Macher ist bei verschiedenen Leihfirmen gemeldet, aber die Aussichten sind trist. „Bei so vielen Jobsuchenden wird denen selbst schon schlecht“, wie man ihr anvertraut hat.



Arbeitsplatzabbau – Betriebsschließungen. Nicht gebraucht zu werden, ist ein schlimmes Gefühl.

**Kostenlose Beratung in Arbeit und Beruf**  
(und Arbeitslosigkeit)!

**Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen**  
Infonummer GLB: 0316 / 71 24 79! (9 bis 16 Uhr)

**GLB**  
Gewerkschaftlicher  
**LINKS**  
**BLOCK**

KEIN LEHRBERUF  
**Hilfsjobs in  
Arztpraxis**

Ordinationsgehilfen und -gehilfinnen haben meist ganz schön „viel um die Ohren“. Neben Telefondiensten und Terminplanung gilt es, An- und Abmeldungen von Patienten vorzunehmen, Rezepte zu schreiben und Datenbanken zu verwalten. Daneben müssen sie oft Spritzen und Ampullen vorbereiten, Blutdruck messen oder Bestrahlungen durchführen. Sie tragen also eine große Verantwortung, die Vorzimmerdamen oder –seltener –herren in den Arztpraxen.

Umso verwunderlicher, dass es bis heute keine standardisierte Ausbildung mit Lehrabschlussprüfung für Ordinationsgehilfen und -gehilfinnen gibt. „Zwar wurde heuer im Sommer mit der Zahnärztekammer die Lehrausbildung zur „zahnärztlichen Fachassistenz“ ausverhandelt“, wie Anita Stawick, Wirtschaftsbeleg-Sekretärin in der GPA weiß, „Für Ordinationsgehilfinnen gibt es eine derartige Ausbildung jedoch noch nicht. Vorrang hat für uns derzeit die Bemühung um 1.000 Euro Mindestlohn in allen Bundesländern.“

Ein entsprechender Lehrabschluss würde einheitliche Qualitätsstandards für dieses Berufsbild schaffen. Für die Ordinationsgehilfinnen selbst wären damit eine Aufwertung ihrer Tätigkeit und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten, z.B. im Rahmen einer Berufsreifeprüfung, verbunden.

„Ordinationsgehilfinnen können allerdings im Rahmen einer außerordentlichen Prüfung den Lehrabschluss zur Bürokauffrau zu machen. Dadurch eröffnen sich mehr Möglichkeiten für eine spätere Beschäftigung“, rät Stawick. In Deutschland gibt es den Lehrberuf des/der „Medizinischen Fachangestellten“ bereits seit 2005.

SEIT 1. 11. BEI DER SOZIALHILFE:

# Aus für den Regress!



Seit erstem November müssen Leistungen aus der Sozialhilfe nicht mehr zurückbezahlt werden. Es gibt aber Ausnahmen. Zum besseren Verständnis hier Antworten auf einige der häufigsten Fragen.

**1. Für welche Sozialhilfe-Leistungen wurde die Rückzahlungspflicht abgeschafft?**

Die Abschaffung betrifft alle Leistungen aus dem Steiermärkischen Sozialhilfegesetz wie Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes bzw. in besonderen Lebenslagen (die sogenannte „offene Sozialhilfe“), Pflegehilfe, Krankenhilfe sowie jede andere Unterstützung im Rahmen der Sozialhilfe.

**2. Ich habe in der Vergangenheit Sozialhilfe bezogen. Muss ich die offenen Beträge noch zurückzahlen?**

Ja! Der/die Hilfeempfänger/in und seine/ihre Angehörigen sind für Leistungen, die vor dem 1. 11. 2008 bezogen wurden, zum Rückersatz verpflichtet.

**3. Ab wann fällt der Regress weg?**

Seit 1. November 2008 müssen die Angehörigen der Hilfeempfänger die ausbezahlten Sozialhilfegelder nicht mehr zurückzahlen. Die Hilfeempfänger/innen selbst sind nur mehr verpflichtet, aus ihrem Vermögen – nicht mehr aus ihren Einkünften (Lohn, Gehalt, Pension) – Sozialhilfegelder zurückzuzahlen. Für Erben, Schuldner und Beschenkte der Hilfeempfänger/innen bleibt die Rückersatzpflicht aufrecht.

**4. Woher weiß ich, ob ich Anspruch auf Sozialhilfe habe?**

Wenn mein Einkommen bzw. das Familieneinkommen unter dem Sozialhilferichtsatz

liegt, habe ich Anspruch auf Sozialhilfe. Der Sozialhilferichtsatz errechnet sich aus dem gesetzlich definierten Richtsatz für den Lebensbedarf zuzüglich des vertretbaren Aufwandes des Hilfeempfängers für Unterkunft, sofern dieser nicht durch die Wohnbeihilfe gedeckt ist.

Nähere Informationen incl. Sozialhilferichtsätze und Berechnungsbeispiele finden Sie auf unserer Homepage [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at) unter dem Link „Sozialhilfe FAQ“.

Seit 2005 hat die KPÖ immer wieder die Abschaffung der Rückzahlungspflicht für Sozialhilfe gefordert. „Jetzt hat sich unser langer Kampf endlich gelohnt“, freut sich KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler.



**Lehrplatzver-**

**lust.** Schon jetzt ist die Lehrplatzsuche für viele Jugendliche schwer. Für alle, die sich für einen Beruf in der Telekommunikation interessieren, wird es bald noch schwieriger. Denn die Telekom will ihre Ausbildungsstätte in Graz schließen. Die Schule für Fernmeldemonteure soll nach Wien verlagert werden. Derzeit haben dort 164 Telekommunikationstechniker einen Lehrplatz. Für das Gebäude wird angeblich bereits ein Käufer gesucht.

**JUGEND AM WERK GMBH****Viel Geld für die Chefs,  
wenig fürs Personal**

Eine der wichtigsten Sozialeinrichtungen der Steiermark, „Jugend am Werk“, ist ins Gerede gekommen. Das Land Steiermark will der Einrichtung mit über 400 Betreuern und tausenden Kunden/innen die Finanzierung sperren, wenn es nicht mehr finanzielle Transparenz gibt.

Ein Fest gab „Jugend am Werk“ unlängst in der Grazer Seifenfabrik zu seinem 60. Geburtstag. Vordergründig war alles eitel Wonne, hinter den Kulissen kocht aber bei vielen, die für den Verein am Werk sind, die Wut. Denn während Geschäftsführer Alfred Hausegger fürstliche 8.176 Euro pro Monat bekommt, verdienen

die Angestellten „weniger als bei vergleichbaren Einrichtungen“, wie die Kleine Zeitung berichtete. So werden etwa Nachtbereitschaften gar nicht bezahlt.

Verwickelt wie die Familienbande ist auch die Geschäftskonstruktion. Da gibt es einmal den Verein als Träger und dann noch die Gesellschaft „Jugend am Werk“ für den Betrieb. Waren beim Verein bis 2002 noch 19 Leute im Vorstand, sind es heute nur mehr zwei, nämlich Geschäftsführer Alfred Hausegger und Altlandesrat Josef Gruber (SPÖ). Beide sind auch die Eigentümervorteiler in der Gesellschaft. Kontrollmechanismen können auf diese Art nicht wirken.

Schwerpunkt der Arbeit von Jugend am Werk ist die Betreuung von Menschen mit

Behinderung, auch vielen, die nicht mehr im jugendlichen Alter sind. Auch andere wichtige Beratungseinrichtungen werden von JaW betrieben.

Leider wird diese wichtige soziale Einrichtung wie ein Privatbetrieb neoliberalen Zuschnitts geführt. Der Verein besitzt eine stattliche Anzahl von Immobilien, in denen die Betreuung stattfindet. Der Verein verfügt über Rücklagen von 1,3 Millionen Euro, während viele Beschäftigte schlecht bezahlt werden und Überstunden schieben müssen, weil es an Personal mangelt.

Änderung tut Not, nicht nur bei der Bezahlung der Chefetage. Die Frage ist auch, warum ein Verein derartig hohe Rücklagen bildet, anstatt seine Beschäftigten ordentlich zu bezahlen.

**ÖBB-FAHRPLANWECHSEL  
Kein Halt in  
Zeltweg**

Eine „Verbesserung und Beschleunigung bestimmter Strecken durch Österreich“ soll laut ÖBB der neue Taktfahrplan 2009 – 2012 bringen, der im Dezember in Kraft treten wird.

Weniger gern erwähnt wird die Tatsache, dass diese Beschleunigung bei manchen Strecken auf Kosten zahlreicher Pendler/innen und Schüler/innen, vor allem nach und aus Zeltweg, Trieben und Rottenmann, erzielt werden soll. 12 Mal öfter als bisher wird beispielsweise der Zug durch Zeltweg brausen, ohne zu halten, und dies bei einer Frequenz von bisher immerhin 950 Fahrgästen pro Tag. In Rottenmann werden von 15 künftig nur mehr 10 Fernverkehrszüge halten. In Trieben sollen gleich gar keine EC/IC-Züge mehr stehen bleiben.

In einer Anfragebeantwortung von Verkehrsminister Faymann an die Steiermärkische Landesregierung wurden diese Maßnahmen als gerechtfertigt angesehen, unter anderem, „damit Fahrgäste im Fernverkehr aus dem Ennstal (z.B. Schladming – Wintertourismus!) um 30 Minuten schneller in Wien sein können.“

Pendler/innen und Schüler/innen hingegen werden bei ihren täglichen Fahrten durch die schlechteren Verbindungen gezwungen sein, auf Regionalzüge, Bus oder Privat-PKWs auszuweichen.

„Es ist nicht einzusehen, dass die ÖBB auf Kosten der Fahrgäste jetzt den Sparstift ansetzt, nachdem sie mehr als 600 Mio. Euro an Steuergeldern verspekuliert hat“, ärgert sich KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

KEIN PLATZ FÜR BRAUNBÄREN?

# Der Bär und seine Feinde

Darf der Bär noch los sein? Die steirische Bärenfamilie ist auf zwei Exemplare geschrumpft. Slowenien oder Kroatien sind stolz auf ihre Bären, bei uns wollen ihn laut WWF 70% der Bevölkerung. Manche Bauern hingegen fürchten um Schafe und Kühe.

## DER BRAUNBÄR

**Ein Männchen** ist etwa zwei Meter lang, einen Meter hoch (auf allen Vieren) und wiegt bis zu 250 kg.

**Ein Weibchen** ist etwa 1,5 m lang, 90 cm hoch und bringt bis zu 180 kg auf die Waage.

**75% ihrer Nahrung** sind Pflanzen, allerdings werden auch Bienenstöcke oder Fischteiche geplündert.

**25** oder sogar noch mehr Bären waren vor wenigen Jahren im Grenzgebiet zwischen der Steiermark und Ober- und Niederösterreich daheim. Heute sollen davon noch zwei Männchen übrig geblieben sein. Ist der scheue Meister Petz hierzulande ein Auslaufmodell – selbst in zum Gutteil unbewohnten Gebieten?

Im Mariazeller Hinterland war lange Zeit der „Ötscher-Bär“ ein Begriff. Im dünn besiedelten Gebiet um den Ötscher liegt eines jener Rückzugsgebiete, in denen die Österreichischen Bären unterwegs waren. Derzeit sind sie ein Mythos. Beim Ötscher-Hias, einem Minigasthaus im Ötschergraben, will man noch keinen gesichtet haben. Der Ötscher-Bär ist dennoch ein Begriff, mit dem die Region touristisch wirbt.

Standortwechsel auf den

„Stein“, die Hochebene nordöstlich des Dachsteins. Dort tummeln sich fast das ganze Jahr über Schafherden – so wie auch in den Schladminger Tauern südlich davon. Die Schafe marschieren weitgehend unbeaufsichtigt weite Strecken über die grasigen Hochflächen. Als einigen Bauern Schafe abhanden kamen, war die erste Vermutung: ein Bär hat sie gerissen. Aber es stellte sich heraus, dass sich die Tiere nur verlaufen hatten.

Die Freude ist geteilt über die Braunbären, die hierzulande heimisch waren, lange bevor die Menschen sich das Land zu Nutze machten. Vor allem sollen nur noch zwei Exemplare in der Steiermark leben. Gut 20 sind verschwunden, wobei vielfach vermutet wird, dass in manchem Kellerstüberl eines „Waidmanns“ ein aus-

gestopfter Bärenkopf hängt. Man denke nur daran, wie schnell die Jagdgemeinde ist, wenn es um das Schießen eines „Problembären“ geht. Überdies kostet eine bezahlte Bärenjagd 2000 Euro aufwärts.

Der WWF hat in einer Umfrage ermittelt, dass 70% der Österreicherinnen und Österreicher eine Wiederansiedlung der Braunbären begrüßen. „Ein deutliches Signal, dass der Bär wieder eine Chance bekommen soll“, sagt WWF-Bärenprojektleiter Christoph Walder. Zehn Tiere müsste man aussetzen, um eine neue Population entstehen zu lassen. Zuvor gilt es, mit Bauern Entschädigungspakete zu schnüren und zu gewährleisten, dass der Jagdtrieb der Wilderer unter dem des Bären bleibt. Sonst ist Meister Petz bei uns dem Untergang geweiht.



Braunbären: Im 19. Jahrhundert in Österreich ausgerottet, vor 20 Jahren wieder angesiedelt und heute wieder in Gefahr

## KINDER-BUCHTIPP: BRUNO DER BÄR

**Hallo, ich bin Bruno, der Bär.** Kennst du mich noch? An meinem zweiten Geburtstag beschloss ich, in die Welt hinauszuwandern. So wanderte ich von Mai bis Juni 2006 von Italien über das schöne Tirol nach Bayern, wo ich von einem „Grünling“ getötet wurde. Wieso, weiß ich nicht genau – Bären tun „Grünlingen“ ja auch nichts! Ingeborg Maria Ortner erzählt in diesem Buch über Abenteuer, die ich während meiner Wanderung erlebt habe.

**Ingeborg Maria Ortner, Bruno, der Bär,** Weishaupt-Verlag Gnas, ISBN 978-3-7059-0277-0, Gebunden, 32 S.

**Bestellungen:**  
Tel. 03151 / 8487.  
E-Mail: verlag@weishaupt.at



IMMOFINANZ BEKAM BUNDESWOHNUNGEN

# Bundeswohnungen verspekuliert

2004 wurde die Bundeswohnungsgenossenschaft BUWOG zum Billigpreis an die Immofinanz privatisiert. Nun kreist der Pleitegeier über der Immofinanz, deren Immobilienvermögen im Juli noch auf ca. 18 Milliarden (!) Euro geschätzt wurde. Die KPÖ fordert eine Untersuchung dieser Misere.

Betroffen sind tausende Wohnungen in der Steiermark. Das Schicksal der BUWOG als Teil der Immofinanz zeigt ganz deutlich, dass man mit Wohnungen nicht spekulieren darf", sagt die Grazer Wohnstadträtin Elke Kahr. Tatsächlich liegt in der Immobilienbranche im Zuge der Finanzkrise vieles im Argen. Besonders erwischt hat es die Immofinanz, eines der größten Immobilienunternehmen in Europa. Deren Aktien notierten im Juni noch bei 7,50 Euro, derzeit sind sie nur mehr rund 50 Cent wert. Immer wieder ist davon die Rede, dass das Unternehmen kein Geld mehr habe und vor dem Konkurs stehe.

2004 hat sich die Immofinanz hunderte Wohnungen der Bundeswohnungsgenossenschaft BUWOG unter den

Nagel gerissen. Verkauft wurden sie unter Finanzminister Karlheinz Grassler und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Man sprach von einer „guten österreichischen Lösung“ und rieb sich die Hände ob des Geldes zur Budgetsanierung.

Heute ist wieder davon die Rede, die Buwog an die Bundesimmobiliengesellschaft BIG zurück zu verkaufen – zu wesentlich mehr Geld als damals, denn die Immofinanz braucht dringend Geld. „Ohne diese Privatisierung hätte der Bund sich und den Mieterinnen und Mietern viel erspart“, schließt Elke Kahr.

In Sachen Immofinanz gibt es noch ein Problem: Vielen Menschen wurde die Aktien des Unternehmens als Altersvorsorge oder Kreditabsicherung empfohlen. Sie stehen jetzt vor dem Ruin.



Steht das Buwog-Immofinanz-Geflecht vor dem Konkurs? Hunderte Wohnungen – wie diese in Graz – wurden 2004 privatisiert.

## ALLERHAND AUS STADT UND LAND

### Knittelfeld: Bleibt die Küche kalt?

Die Küche des Pflegezentrums in Knittelfeld soll geschlossen werden. Die Bewohner/innen und das Personal des Heims sollen vom LKH Knittelfeld mitversorgt werden. KPÖ-LABg. Renate Pacher hat dagegen protestiert. Eigenständigkeit und Arbeitsplätze gehen verloren. Pacher kämpft um die Sanierung der Küche im Pflegezentrum.

### Fragwürdiges Geschenk

Aus dem Kärntnerhof in Knittelfeld wurde ein Admiral Wettcafe. Gleichzeitig hat das Wettcafe-Unternehmen der Stadtgemeinde 5.000 Euro gespendet. Die KPÖ Knittelfeld meint, dass der Bürgermeister das Geld nicht annehmen sollte. „Dieses Geld stammt aus den Gewinnen mit der Spielsucht. Täglich werden Menschen in den Ruin getrieben, Familien zerbrechen, die Beschaffungskriminalität steigt. Wir sind dagegen, dass die Gemeinde dieses Geld annimmt“, meint KPÖ-Gemeinderätin Elisabeth Lammer.



### S-Bahn nach Vordernberg

Eine Schnellbahn soll von Leoben nach Vordernberg fahren, forderten die KPÖ-mandatare Gabriele Leitensbauer und Johann Dallinger im Trofaiacher Gemeinderat. Nun will sich Trofaiach zusammen mit Vordernberg, St. Peter/Freienstein und Hafning für die S-Bahn ins Zeug legen.

### Gefährlicher Kurs in Eisenerz

Wie in anderen Gemeinden setzt man in Ei-

senerz auf die Strategie, Immobilien zu verkaufen und dann rückzumieten. Damit



Karl Fluch (KPÖ)

bekommt man schnell Geld in die Kassa, dafür blecht man dann „ewig“ Miete. In Eisenerz praktiziert man das bei der Polytechnischen Schule, die saniert werden soll, und beim geplanten Kunst- und Kulturzentrum in der Innenstadt. Beide sollen von der „Stadtgemeinde Eisenerz Immobilien KG“ übernommen und rückgemietet werden. „Diese Gesellschaft darf nicht dazu dienen, mehr zu finanzieren, als wir uns leisten können“, kritisiert KPÖ-Gemeinderat Karl Fluch.

### Pleitegeier

Mehr zu finanzieren, als man sich leisten kann, wurde der Stadtgemeinde Trieben zum Verhängnis. Sie sitzt auf 30 Millionen Euro Schulden und ist Pleite. Der Gemeinderat wurde aufgelöst, ein Kommissär führt nun die Geschäfte. Die Stadt hatte großzügige Wirtschaftsförderungen gewährt und viel gratis angeboten, was mit Krediten finanziert wurde, die man nicht mehr zurückzahlen kann. Die Gemeinde wurde die längste Zeit von der SPÖ im Alleingang geführt.

### Prassen beim EU-Fest

Das „Fest der Europafreunde“, das ÖVP-Außenministerin Plassnik am 12. September ausrichten ließ, hat laut Tageszeitung Österreich 210.226 Euro verschlungen. Davon fielen – welch ein Zufall zu Wahlkampfzeiten – allein 110.993 Euro in die Ankündigung des halbtägigen Mega-Events in Wien.

# Eine Odyssee für Patienten

Neun Gemeinden im Bezirk Mürzzuschlag kämpfen für den Erhalt der Chirurgie im LKH Mürzzuschlag.

Wer im Bezirk Mürzzuschlag einen Unfall hat oder ein chirurgisches Problem wie einen Blinddarmdurchbruch, muss eine Odyssee bis zur Behandlung auf sich nehmen. Denn dem Sparstift des steirischen Spitalsverwalters Kages fiel die chirurgische Abteilung in Mürzzuschlag zum Opfer. Nun machten neun Gemeinden im oberen Mürztal gemeinsam mobil gegen die Benachteiligung der Region.

„Zuerst hat man die Kinderabteilung geschlossen, dann

die Geburtsstation und zuletzt die Chirurgie. Das Spital wird scheinbarweise lahmgelegt“, ärgert sich Franz Rosenblattl von der Mürzzuschlager Bürgerliste ProMZ.

Nun haben die Gemeinden Mürzzuschlag, Krieglach, Neuberg, Kapellen, Mürzsteg, Spital am Semmering, Ganz, Langenwang und Altenberg eine Resolution verabschiedet, in der sie fordern, dass die chirurgische Abteilung im LKH Mürzzuschlag wieder rund um die Uhr funktioniert. „Verantwortlich ist die Landesregierung. Sie ist gefordert, etwas für die Menschen zu tun“, sagt Franz Rosenblattl. Im Bezirk Mürzzuschlag sind davon rund 40.000 Einwohner betroffen.



Weite Fahrten müssen Patienten im Mürztal auf sich nehmen.

## KRISE BRINGT ARBEITSLOSIGKEIT UND LOHNVERLUST

# Kündigungen und Kurzarbeit



AT&S: Zuerst wurden Förderungen kassiert, dann Personal abgebaut.

Jobverlust und Kurzarbeit treffen immer mehr Menschen in der Steiermark. Die Telekom macht die Fernmelde-schule in Graz dicht.

Tausende Steirerinnen und Steirer müssen bis Februar mit Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit rechnen. Und was danach kommt, weiß niemand. Der Ausblick am Arbeitsmarkt ist alles andere als rosig. Im Abwärtssog der Finanzkrise wackeln tausende Jobs.

Schlimm ist die Lage um den Leiterplattenhersteller AT&S in Leoben. Dort steht fest, dass 450 ihren Job verlieren – obwohl das Unternehmen die höchsten Gewinne seiner Geschichte schreibt und in Asien an den Ausbau denkt. „Der Personalabbau von

praktisch einem Drittel der Belegschaft bei AT&S Hinterberg darf von der Politik nicht widerstandslos hingenommen werden. AT&S hat über die letzten Jahre nicht nur hohe Wirtschaftsförderungen vom Land Steiermark und der Stadtgemeinde Leoben erhalten, sondern gewaltige Gewinne geschrieben.“ Das erklärte der KPÖ-LABg. und Leobener Stadtrat Werner Murgg. Die KPÖ fordert nicht nur eine Rückzahlung der hohen Wirtschaftsförderungen, sondern auch die Überführung von Anteilen des Konzerns in öffentliches Eigentum.

Auch in der Frächterbranche drohen 500 Kündigungen. In der Fahrzeugproduktion und Autozulieferindustrie (Magna-Steyr, Heavy Stamping, Stahl Judenburg uva.) gibt es durchgängig Entlassungen von Leiharbeitern und Kurzarbeit.

## Managergehälter eindämmen

Mehr als drei Millionen pro Jahr verdient Erste-Bank-Chef Treichl – ohne Sonderbonus. Der Deutsche-Bank-Boss Ackermann soll gar 16 Millionen Euro pro Jahr bekommen. Sind diese Summen angesichts der Schieflage des Banksystems gerechtfertigt? Die KPÖ meint: „Nein!“ – und drängt auf Gehaltsobergrenzen – auch im Privatbereich.

Bei Betrieben in Bereich des Landes Steiermark wurden vom Landtag Ende Oktober Gehaltsobergrenzen für Manager festgelegt, auf welche die KPÖ seit Jahren pocht. Niemand darf nun mehr verdienen als der Landeshauptmann; was mit 15.504 Euro pro Monat noch immer ein stattliches Sümmchen ist.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger: *„Die Gehälter der Manager stehen in keiner Relation zu deren Arbeit, sondern haben unmoralische Ausmaße. Grenzenlose Gier und Abkassierer-Mentalität sind mitverantwortlich für die derzeitige Situation. Der Landtag hat ein Zeichen gesetzt. Grenzen sind aber auch in der Privatwirtschaft notwendig!“*

## Steirische Volksstimme

Impressum: Medieninhaber: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Tel. 0316 / 877-5102

Fax 0317 / 877-5108

E-Mail: [volksstimme@kpoe-graz.at](mailto:volksstimme@kpoe-graz.at)  
// DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für alle Geschlechter.



## FEUDALER FUHRPARK IM LANDHAUS

# Dicke Schlitten

Sparen ist angesagt – was man bei den Dienstautos der Landtagsabgeordneten und Klubobleute nicht sagen kann.

Die SPÖ-Landesräte Kurt Flecker und Manfred Wegscheider bekamen unlängst neue Karossen – um knapp 60.000 Euro das Stück. Beide schwören auf ihre Lexus-Toyota RX 400 mit Hybridantrieb.

Noble Dienstkarossen sind gefragt, vor allem bei männlichen Führungskräften. Man denke nur an Estag-Chef Karl-Franz Maier, der sich 2006 einen 63.000 Euro teuren Audi Q7 besorgen wollte und erst

darauf verzichtete, als die laute Kritik ihm keine andere Wahl ließ. Sein Vorstandskollege Franz Kailbauer orderte eine VW Tuareg, ebenfalls an der 60.000er-Grenze angesiedelt.

Ansonsten setzt die Landesregierung mit Audi A6 (z.B. Landeshauptmann-Stellvertreter Schützenhöfer) und 5er-BMW (Landeshauptmann Voves, Schullandesrätin Vollath, Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder) gern auf deutsche Produkte.

Soziallandesrat Flecker setzte lange auf einen Audi A6, der mit 185.000 km ausgemustert wurde. Sein neuer Lexus ist auch eine neue Dimension in Sachen Autobudgets, galt doch 2006 noch eine Obergrenze

von 50.000 pro Fahrzeug. Diese wurde nun klar überschritten. Fleckers auf 30 Monate geleaste Karosse kostet knapp 1800 Euro pro Monat.

KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger hat weder ein Dienstauto noch einen Chauffeur. Er setzt auf den öffentlichen Verkehr, wenn er nicht das Fahrrad benutzt. Im SPÖ- und ÖVP-Landtagsklub greift man hingegen gern auf ein Dienstfahrzeug samt Fahrer zurück.

Insgesamt gibt es beim Land rund 270 Dienstautos, vom kleinen Ford Fiesta bis zu den größten Modellen (Audi A&, Lexus RX400, 5er-BMW), die meist im Landhaushof vorfahren.



Teure Autos sind im Landhaushof geparkt, wenn die hohe Politik vorfährt. Worauf man setzt, weiß man, wenn man beim Namen der neuen „Lexus“-Schlitten der SPÖ-Landesräte Flecker und Wegscheider das „e“ durch ein „u“ ersetzt...

## FORDERUNGEN DER KPÖ ...

### ... ZUR BEWÄLTIGUNG DER FINANZKRISE

- **Überführung der Banken und Versicherungskonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle.** Der Banken- und der Versicherungssektor muss endlich wieder auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden.
- **Beschränkung der Manager-Gehälter** in Banken und Versicherungen
- Öffentliches Geld darf nur im Tausch gegen **öffentliche Eigentumsrechte** freigegeben werden. Der Staat erhält mit jedem Euro Steuergeld voll stimmrechtsfähige Aktien.
- Wiedereinführung von **Kapitalverkehrskontrollen**
- **Verbot spekulativer Finanzgeschäfte**
- **Wiedereinführung** einer eigenständigen Währungspolitik und des österreichischen Schilling.
- **Schluss mit** der Unterstützung von Aktienkäufen und von **kapitalgedeckten Altersvorsorgemodellen (private Pensionsfonds)** aus Steuermitteln. Dafür Ausbau der staatlichen Unterstützung bei freiwilliger Höher- und Weiterversicherung im **staatlichen Umlagepensionssystem**
- Wiedereinführung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer bei großen Vermögen
- Steuergeld muss in erster Linie dafür verwendet werden, die **Kaufkraft der Bevölkerung** zu stärken und die Wirtschaft zu beleben. In diesem Zusammenhang fordert die KPÖ ein staatliches **Wohnbauprogramm** zur Schaffung von leistbarem Wohnraum in öffentlichem Besitz.

## DAS SYSTEM DES KAPITALISMUS IST GESCHEITERT –

# Jetzt plündern die

Spuren der Verwüstung zieht die neoliberale Politik der letzten Jahre nach sich, während die Profiteure von Spekulationsgewinnen und Riesen-Renditen ihre Schäfchen längst im Trockenen wissen. Ihr letzter Akt: die Plünderung der Staatskassen im Namen der großen Bankenkonzerne.

Von einem verantwortungslosen „Milliarden-Basar“ berichteten die Medien, als in den letzten Tagen des Wahlkampfes einige längst überfällige soziale Reformen den Nationalrat passierten.

### 2,7 Milliarden für das Volk...

Die Neuregelungen, von Pensionserhöhungen über eine Senkung der Mehrwertsteuer für Medikamente, die 13. Familienbeihilfe bis hin zur Abschaffung der Studiengebühren machten insgesamt 2,7 Milliarden Euro aus.

### ...100 Milliarden für die Banken

Dann kam die Bankenkrise, und plötzlich war alles anders: Einhellig wie selten zuvor beschlossen die Parlamentsparteien binnen kürzester Zeit ein Hilfspaket des österreichischen Staates für die Banken im Ausmaß von 100 Milliarden Euro – zusätzlich zur Einlagensicherung, die für sich allein genommen bereits 175 Milliarden Euro ausmacht.

### Wo das Geld geblieben ist

Die Februar-Ausgabe des Magazins „Trend“ legte offen, wie sich das Einkommen der Bestverdienenden auf unserem Erdball 2007 verteilte. Die ersten vier Ränge wurden von Hedgefondsmanagern eingenommen. So verdiente allein

sierte Erste-Bank-Chef Andreas Treichl im vorletzten Jahr rund fünf Millionen Euro, Siegfried F. Wolf, Chef von Magna Europa, verdiente im Vorjahr geschätzte 9 Millionen. Boris Nemsic, Chef der Telekom Austria, genehmigte sich 2007 eine mehr als 100%ige Gehaltserhöhung.

Angesichts der genannten Zahlen und der jüngsten Kündigungswellen erscheint die Äußerung Herbert Stepics, Chef von Raiffeisen International: „...die Gehälter macht der Markt, und sie werden

der amerikanische Hedgefondsmanager John Paulson 2,7 Milliarden Dollar. Ein Drittel aller Gewinne der amerikanischen Volkswirtschaft wurde in den letzten Jahren von der Finanzindustrie kassiert.

Doch diese Auswüchse sind kein rein amerikanisches Phänomen. In Österreich kas-



Wenige Tage vor ihrer Pleite gönnten Lehman Brothers ihren Spitzenworte am 15. 9. 2008, dem Tag der Bankrotterklärung aufgenommen



UND SOLL TROTZDEM WIEDERBELEBT WERDEN

# Banken den Staat

durch Leistung untermauert.“ geradezu grotesk (Trend, Feb. 2008).

## „Leistungsgerecht“ ?

Christian Felber, Sprecher der globalisierungskritischen Gruppe „Attac“, hat ausgerechnet, dass ein Spitzenmanager in den USA den 150.000fachen Stundenlohn eines Mindestlohnempfängers verdient, in Österreich immerhin noch das 700fache. Ist es überhaupt vorstellbar, dass jemand in einer Arbeitsstunde 700mal so viel leistet wie ein anderer?

Geschuldet sind diese obszönen Auswüchse dem jahrzehntelang gerühmten „freien Markt“, der es ermöglicht hat, weltweit Menschen gegeneinander auszuspielen und so die Lohnkosten zu drücken.

In Österreich wurden Betriebe „gesundgeschrumpft“, Filialen geschlossen – zur Freude der Anleger, deren Aktien durch die anschließenden „Gewinne“ wieder an Wert zulegten.

## Konzerne statt Politik

Unter dem Motto „mehr

privat – weniger Staat“ haben gewiefte Polit-Lobbyisten seit den 80er Jahren immer mehr Vermögens- und Unternehmensbereiche der öffentlichen Hand und damit dem demokratischen Einflussbereich entrissen, um – wie Veit Sorger, Präsident der Industriellenvereinigung in „Vision“, Sep. 08 – zu frohlocken: „Unternehmen werden teilweise die Politik ablösen, das tun sie ja jetzt schon und das tut uns auch ganz gut.“

Doch der Umverteilungskampf von unten nach oben ist in eine Krise geraten: Die Einkommen der „kleinen Leute“ reichen nicht mehr aus, um den Profis noch mehr Kapital zuzuführen. Die Kaufkraft schwindet, das Produktionswachstum stockt, die Wirtschaft ist am Ende, Massenarbeitslosigkeit droht.

## Halbherzige „Begleitmaßnahmen“

Das staatliche 100-Milliarden-Euro-Hilfspaket für Banken und Versicherungen beschränkt sich auf halbherzige „Begleitmaßnahmen“ und sichert der Allgemeinheit keineswegs künftige Profite aus dem großzügig vergebenen Geld. Fazit: Nicht die schuldtragenden Manager, sondern wir alle werden die Rechnung der großzügigen Geldspritzen eines Tages begleichen müssen.

Wie, dazu gibt es bereits erste Vorschläge: Sie reichen von strengeren Zumutbarkeitsbestimmungen und Zwangsarbeit für Arbeitslose über Leistungskürzungen im Sozialwesen bis zu Einsparungen beim Gesundheitssystem.

[heide.bekhit@kpoe-steiermark.at](mailto:heide.bekhit@kpoe-steiermark.at)

## DIE SPIELER

**Ob staatsnahe Betriebe**, Länder, oder Gemeinden: Sie alle haben Millionen verspekuliert. Einige Beispiele:

**Die Kommunalkredit Austria AG**, spezialisiert auf Gemeinde-Finanzierungen, musste vom Staat gerettet werden, nachdem sie 230 Mio. Euro bei riskanten Veranlagungen in Zypern und Island in den Sand gesetzt hat.

Zu den Wertpapier-Spekulationsgeschäften gesellen sich bei den **ÖBB** Verluste aus Cross-Border-Leasing- und missglückten Währungsspekulations-Geschäften mit ungarischen Forint. Die bisher absehbaren Verluste betragen zwischen 600 und 700 Mio. Euro.

Cross-Border-Leasing-Geschäfte sollten auch für **Post und Telekom** Gewinne bringen. Das Gegenteil davon war der Fall. Mit von der Partie der Spekulanten war auch die **Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA)**. Riskante Veranlagungen im Ausmaß von insgesamt 29 Millionen Euro wurden bereits zum Großteil abgeschrieben. Wohnbaugelder hat das **Land Niederösterreich** verzockt. Der Buchverlust betrug bereits Mitte September 300 Mio. Euro.

Die **Stadtgemeinde Hartberg** hat bei zweifelhaften Finanzgeschäften zwei Mio. Euro verloren, 1,6 Mio. davon gehen auf das Konto von Meinl European Land (MEL). Spekulationsgeschäfte mit Wechselkursen, sogenannte „Swap-Geschäfte“ sollten die Bilanz der **ASFINAG** schönen. Herausgekommen ist dabei ein Schaden von 113 Millionen Euro.

## Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenecker, Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: [volksstimme@kpoe-steiermark.at](mailto:volksstimme@kpoe-steiermark.at)



(foto: flickr by jasonsmith)

managern noch eine Prämie von 20 Mio. Dollar. Das Bild und zeigt Beschäftigte der Bank.



**Selbst gebastelter Kalender.** Nicht viel Geld kostet dieses Geschenk, das aber viel Freude bereitet: Kalenderblätter werden mit Fotos und/oder Zeichnungen selbst gestaltet und anschließend zusammenheftet (flickr, Joachim S. Müller).

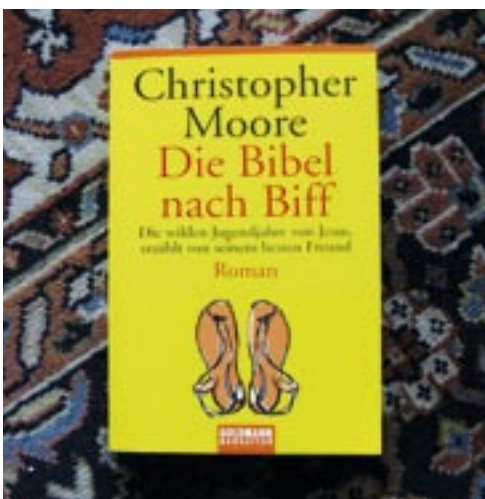


**Küchenkunst. Für Hobbyköche:** Man besorge eine Packung bunter Nudeln und verpacke sie gemeinsam mit einer Einladungskarte zu einem selbst gekochten Dinner. Kommt gut an, denn Liebe geht bekanntlich durch den Magen.



**Speckstein.** Mit etwas Kreativität, Feile und Schleifpapier lassen sich für wenig Geld wunderschöne Skulpturen aus dem weichen Stein zaubern. Die Palette reicht vom Halsschmuck bis zur ganzen Weihnachtskrippe

(flickr von legominose)



**Bücher.** z.B. **Bibel nach Biff.** Über die Kindheit und Jugend von Jesus, die in der Bibel zu kurz kommen, berichtet dessen Freund Biff. Und so erfährt man, wie Jesus vertrocknete Eidechsen zum Leben erwecken will und in jungen Jahren auch Schabernack treibt.



Haben Sie auch schon viel Geld für Geschenke ausgegeben, um dann unter dem Christbaum hören zu müssen: „Wozu soll ich das gebrauchen“?! Dabei muss ein originelles Weihnachtsgeschenk gar nicht viel kosten.

Viel Gelächter erntete allweihnachtlich ein sparsamer Onkel meiner Freundin mit seinen Geschenken: Beim Auspacken der in altes Tapetenpapier gewickelten Gaben kamen eine Dose weißer Bohnen, Hirschseife oder ein Packerl Haferflocken zum Vorschein.

Doch während man bei den teuren Geschenken der übrigen Angehörigen häufig nicht wusste, was man damit anfangen sollte, entfalteten die Zuwendungen von Onkel

Franz recht bald ihren praktischen Nutzen. Hatte man etwa vergessen, Duschgel zu kaufen, kam einem die gute alte Hirschseife in den Sinn. Und wie mundete die heiße Bohnensuppe, wenn's draußen kalt war...

Ja, wenn's eng wird mit dem Budget, ist guter Rat oft teuer. Wir haben uns daher ein wenig den Kopf zerbrochen, und dabei sind uns ein paar recht günstige Geschenke eingefallen, die trotzdem viel Freude machen können.



**Schleich-Tiere.** Immer ein Renner unter den Geschenken für Kinder sind die Tiere der Firma Schleich. Die sehr schön gemachten Tierchen eröffnen weite Spielwelten. Kleine Exemplare kosten 2,99, durchschnittlich große 4,99 Euro.



**Urzeit-Krebse.** Ein besonderes Abenteuer für kleine Naturforscher sind Triopse – Krebstierchen, welche die letzten 300 Millionen Jahre überdauert haben. KOSMOS bietet ein komplettes Set ab ca. 11 Euro an, Profisets gibt es unter [www.lehrmittel.cc](http://www.lehrmittel.cc).



## TIERECKE

Derzeit warten beim Landestierschutzverein mehrere Haustiere auf neue Besitzer; und immer wieder entlaufene auf ihre alten... Die folgenden Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.



**Anja und Simba** sind zwei schon ältere, sterilisierte Hündinnen. Sie möchten gerne zusammenbleiben, das waren sie ihr Leben lang. Ihr Besitzer ist seit einem Jahr im Gefängnis. Ein schöner Lebensabend bei einem Haus mit Garten wäre ideal. Sie sind sehr brav.



**Joy, Jumper und Roger Rabbit** wurden wie noch einige andere Kaninchen davor gerettet, als Schlangenfutter zu enden. Wir haben verschiedenste Kaninchen im Haus und platzen aus allen Nähten. Sie sind (wahrscheinlich) 2008 geboren. Jumper ist ein Angoramischling, Joy ist ein Zwergkaninchen und Roger Rabbit ist ein Albino-Widderkaninchen. Alle sind kastriert.



**Pokerface** ist ein ca. 8 Monate alter, kastrierter und besonders hübscher Tigerkater. Leider ist er derzeit noch etwas ängstlich, aber mit etwas Geduld sollte sich das geben.



**Rocky** ist ein 6jähriger, kastrierter Schmusekater, der gerne ein wenig Ausgang hätte.

WEGE ZUM FORTSCHRITT

# 90 Jahre Österreich – 90 Jahre KPÖ

Wie die Republik feiert heuer auch die KPÖ den 90. Geburtstag. Die bewegte Geschichte einer Arbeiterpartei, die dafür gesorgt hat, dass es Österreich noch gibt.

Vor 90 Jahren wurde Österreich zur Republik. Doch nicht nur das Land feiert einen „Geburtstag“, sondern auch die KPÖ. Die Arbeiterpartei, gegründet in der Revolution von 1918, hat die Republik durch 90 bewegte Jahre begleitet. Sie ist die drittälteste Kommunistische Partei der Welt und die einzige Partei in Österreich, die – die Zeit der Verfolgung

und Illegalität eingeschlossen – während des gesamten 20. Jahrhunderts ohne Unterbrechung bestanden hat.

Die KPÖ spielte eine bedeutende Rolle im Kampf gegen das NS-Regime. Viele Funktionäre wurden in Konzentrationslagern hingerichtet – wie der Grazer Lehrer und Dichter Richard Zach oder der Architekt Herbert Eichholzer

(Operngarage). Franz Leitner verbrachte sechs Jahre im KZ Buchenwald, wo er hunderten Menschen zum Überleben verhalf. Dafür wurde der spätere KPÖ-Landtagsabgeordnete als „Gerechter der Völker“ ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung Israels.

Die KPÖ leistete den entscheidenden Beitrag dazu, dass Österreich nach 1945 seine Souveränität erhielt und wieder eine eigenständige Nation wurde und nicht zu irgendeinem deutschen oder

europäischen Bundesstaat verkommen ist. Als revolutionäre Arbeiterpartei setzt sie sich für die Benachteiligten und Entrechteten in der Steiermark ein.

Viele interessante Informationen zur Geschichte Österreichs können im Internet unter <http://www.klahrgesellschaft.at> gelesen werden. Das (vergriffene) Werk Eva Priersers zur Geschichte Österreichs kann von der Homepage der KPÖ-Steiermark heruntergeladen werden.



900 Jahre Krieg...

36 Heller Sold pro Tag bekam ein einfacher Soldat der österreichisch-ungarischen Armee wie der oben abgebildete junge Mann. 900 Jahre hätte er Krieg führen müssen, um denselben Lohn zu bekommen wie sein „seliger“ Kaiser Karl, der – allein für sein Wirken als Oberbefehlshaber – 125.000 Kronen monatlich verdiente. Zerschossen oder verbrannt zu werden, im Giftgas zu sterben oder an Hunger und Kälte zugrunde zu gehen: das waren die Aussichten der gewöhnlichen Soldaten und Arbeiter. Kein Wunder, dass sie bei der Revolution von 1918 die alte Ordnung wegfegten, um ein neues, demokratisches Österreich zu gründen.

Quelle; Hans Hautmann, Sittenbilder aus dem Hause Habsburg. <http://www.klahrgesellschaft.at>, Mitteilung Juni 2008,

**Informationen zu Veranstaltungen,  
Bestellung von Büchern und Broschüren:**  
KPÖ Bildungszentrum im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a  
Tel. 0316 / 22 59 31 – <http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

**Christian  
Masser singt  
Johnny Cash**

**Freitag, 12. Dez., 20 Uhr**

Ein Abend im Geiste des legendären „Man in Black“ Johnny Cash steht am 12. Dezember um 20 Uhr im KPÖ Bildungszentrum, Lagergasse 98a, am Programm. Christian Masser wird mit den „Country-Zombies“ Hits und seltenere Stücke zum Besten geben. Kartenbestellungen: Tel. 0316/ 22 59 31.

**Verletzt**

I hob mia heite sölba wehtaun damit i siech ob i nou wos gschpia  
I kozentrier mi auf den schmerz, des anize wos echt is.  
Die nodl reißt a louch, i bins eh gwount.  
I wüll alles abtöten, oba i erinner mi aun olles.

Wos is aus mia wuan, mei Freund.  
Jeda den ich kenn reisst ob am End.  
Dabei keinntast olles hom, mei gaunzes dreckigs Reich.  
I wer di im Stich lossn, i wer da wehtuan.

I bin vulla wirrer gedanken, dei i net repariern kaunn.  
Du bist jetzt a aunderer wuan, und i bin imma nou do.

Wos is aus mia wuan, mei Freund.  
Jeda den ich kenn reisst ob am End.  
Dabei keinntast olles hom, mei gaunzes dreckigs Reich.  
I wer di im Stich lossn, i wer da wehtuan.

Waunn i nou amol aufaungan kenn, gaunz weit weg von do  
i tat bessa auf mi schau, i findat an weg!

Text: Hurt, Johnny Cash. Übersetzung nach <http://www.magistrix.de/lyrics>



Zu wenig bekommen die Obstbauern für die saftige Ernte. Das große Geld machen andere.

## UNGERECHTE LANDWIRTSCHAFT

# Frisch, saftig, wertlos?

Obstsaft kostet im Supermarkt das 20fache dessen, was die Obstbauern für ihre Ernte bekommen. Die Obstbauern schauen durch die Finger, während die Saftfirmen verdienen.

Zwischen 3 und 5 Cent pro Kilogramm Saftäpfel zahlen die Lagerhäuser an steirische Bauern und Bäuerinnen. Wenn eine Bäuerin oder ein Bauer eine Tonne Äpfel am Tag klaubt, waren sie fleißig, weiß man bei der Österreichischen Bergbäuerinnen- und Bergbauernvereinigung (ÖBV). Für diese Ernte gibt es 30 bis 50 Euro – allerdings sind die Äpfel noch nicht auf einen Traktanhänger verladen oder gar zur Übernahmestelle gebracht.

Rund 600 Liter Saft entstehen aus einer Tonne Äpfel. Im Supermarkt kostet diese Menge Saft bis zu 700,- Euro

– das 20fache des Erzeugerpreises für die Landwirtschaft. Damit ist klar ersichtlich, wer in diesem Fall für die hohen Lebensmittelpreise verantwortlich ist: Die Obst verarbeitenden Betriebe wie Rauch, Pfanner, Grünwald, YO oder der Lebensmittelhandel mit seinen Eigenmarken, schließt die ÖBV.

„Ob Pressobst, ob Milch, ob Fleisch – die Bäuerinnen und Bauern bekommen viel zu niedrige Preise, während die Produkte in den Supermärkten immer teurer werden“, meint Irmi Salzer von der ÖBV, „die bäuerliche Interessensvertretung und die Politik sind aufgerufen, sich für bessere Erzeugerpreise einzusetzen, anstatt nur Lippenbekenntnisse für eine bäuerliche Landwirtschaft abzugeben!“

Bei einem Aktionstag in Graz leerten die Obstbauern demonstrativ einen Hänger

mit Äpfeln auf den Hauptplatz. „Bevor wir die Äpfel um vier Cent ans Lagerhaus verschleudern, verschenken wir sie lieber an die Bevölkerung“, so Thomas Waitz, ein steirischer Apfelbauer, „wenn die Preise weiterhin so niedrig bleiben, dann werden die steirischen Streuobstwiesen bald Geschichte sein.“

### AGRARFÖRDERUNG

Von den EU-Landwirtschaftsförderungen profitieren meist Großbetriebe. Der Fruchtsaft-Abfüller Rauch kassierte – als Spitzenreiter – im Jahr 2007 stolze 6,8 Millionen Euro an Agrarförderungen. 472.743 Euro gab es für den Handelsbetrieb der Steirerfrucht-Gesellschaft in Wollsdorf, der der Raiffeisenlandesbank gehört. Eine Offenlegung der Agrarförderungen gibt es hier: <http://www.transparenzdatenbank.at>

### KURZ GESAGT

#### Mehr Geld für die Bürgermeister

Wenn es nach dem Städte- und Gemeindebund geht, sollen die Bürgermeister bald eine ordentliche Gehaltserhöhung bekommen. Ein falsches Signal für die KPÖ – aber nicht für die anderen Parteien, wie die KPÖ in Zeltweg erkennen musste. Dort wurde ein KPÖ-Antrag gegen die Gehaltserhöhung von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Wie berichtet, sollen die Gehälter der Ortschefs um bis zu 66% angehoben werden. Peter Lorberau, KPÖ-Gemeinderat in Zeltweg: „Ich bin gegen diese Erhöhungen. Deshalb habe ich im Gemeinderat auch den Antrag gestellt, diese Pläne abzulehnen. Der Antrag kam gar nicht auf die Tagesordnung. Besonders die Grünen legten sich für eine Verteidigung der Erhöhungen ins Zeug.“ Angesichts der Wirtschaftskrise ist das ein Hohn, meint Lorberau.

In Niederösterreich wurden die Gehälter für die Ortschefs bereits angehoben, um bis zu 67%, wie sich das SPÖ und ÖVP im Gemeindebund ausgeschnapst haben.

#### Entmündigt, entwürdigt, gefesselt?

1.232 Patienten oder deren Angehörige haben sich 2007 an die Steirische Patient/innen- und Pflegeombudsschaft gewandt. Sie dient als Anlauf- und Schlichtungsstelle bei Behandlungsfehlern oder Missständen in der Pflege. Zu finden ist die Ombudsschaft in der Grazer Friedrichgasse. Ansprechperson: Mag. Renate Skledar.

Telefon: 0316 / 877-4763

Fax: 0316 / 877-4823

Mobil: 0676 / 8666 4763

E-Mail: [renate.skledar@stmk.gv.at](mailto:renate.skledar@stmk.gv.at)

## Sprechstunden der KPÖ

### KNITTELFELD

Sprechstunde mit Sozialberatung mit KPÖ-LAbg. Renate Pacher und DSA Karin Gruber  
Mi., 3. 12.2008, 9 bis 12 Uhr,  
KPÖ Parteiheim Knfd, Friedensstraße 10, Knittelfeld.  
Anmeldungen: 03512 / 822 40 oder 0316 / 877 51 01



Voranmeldung erforderlich!

### MÜRZZUSCHLAG

Sprechstunde mit KPÖ-LAbg. Dr. Werner Murgg  
Do. 4. Dez. 08, 11.00 Uhr Uhr,  
KPÖ-Bezirksbüro Mürzzuschlag,  
Wienerstraße 148,  
Tel. 03852 / 2453 oder 0650 / 27 10 550

Voranmeldung erforderlich!

### KAPFENBERG

Sprechstunde mit KPÖ-LAbg. Dr. Werner Murgg  
Do. 4. Dez. 08, 13.00 Uhr Uhr,  
Franz-Bair-Heim der KPÖ Kapfenberg,  
Feldgasse 8,  
Tel. 03862/224 17 oder 0676 / 61 32 771



### VOITSBERG

Sprechstunde mit KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und DSA Karin Gruber

Di. 16. 12. 08, 10.00 bis 12.00 Uhr,  
KPÖ-Bezirksheim Voitsberg,  
C.-v.-Hötzendorfstraße 29,  
Tel. 03142 / 22421 oder 0316 / 877 51 01  
Bürozeiten Voitsberg: jeden Mi: 10 bis 14 Uhr



**Helpen statt reden  
Mit Rat und Tat!**

**KPÖ Notruf 0316/ 877 5102**

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten, Landhaus-Hinterhaus

Rat & Hilfe – KPÖ

## Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Freitag, 5. Dezember  
Franz-Bair-Heim der KPÖ  
Kapfenberg, Feldgasse 8, ab  
10.00 Uhr  
Anmeldung erforderlich!  
Unter Tel: 0676/61 32 771  
oder 03862/22 417  
Ganze Steiermark!



Red:out jeweils am 2.  
Montag des Monats  
um 18:00 Uhr in der Tra-  
miner Weinstube, Klos-  
terwiesgasse 2 (Nähe  
Jakominiplatz).

## KLEINANZEIGEN

### Arbeit gesucht

Verantwortungsbewusste, verlässliche Kassierin, 42, sucht eine Ganztagesstelle im Kassendienst im Raum Graz oder Graz Umgebung, Tel. 0699 / 113 910 24.

### Wohnung gesucht

Musikalische Familie mit 3 Kindern sucht Wohnung oder Haus zum Mieten in Graz/Umgebung, kann auch renovierungsbedürftig sein. Tel. 0664/5290707

## ZVP Zentralverband der Pensionisten

### SPRECHTAGE

Mo. bis Fr. von  
10 bis 12 Uhr  
Lagergasse 98a,  
8020 Graz

☎ 0316/71 24 80

Voranmeldung erbeten.

#### Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- andere Probleme



für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

# WINTERWOCHE in ST. RADEGUND



14. bis 20. Februar 2009

Kinderlandvilla St. Radegund

**Auskunft und Anmeldung:**



Mehlplatz 2, 8010 Graz  
Tel.: 0316 / 82 90 70  
Fax: 0316 / 82 06 10  
office@kunderland-steiermark.at  
www.kunderland-steiermark.at

**Preis: € 149,-**

- Vollpension 7 Tage
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise Graz - St. Radegund - Graz
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.

Aus: Friedrich Engels  
„Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“

# Die EU kommt uns zu teuer!



Helfen statt reden!



ROTER FREITAG!

Diskussion, Vorbereitung von Aktionen, Gemütliches Beisammensein.

JEDEN FREITAG - 18 UHR

KARL-DREWS-KLUB GRAZ

Lagergasse 98a, rechts neben Volkshaus  
Kontakt: graz@kjpoe.at \* 0676 / 709 71 911

KJÖ

www.kjoe.at

## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

### Öffentlicher Verkehr mangelhaft

Ich lebe im Bezirk Graz-Umgebung. Von meinem Heimatort fährt zwar am Sonntag in der Früh ein Bus nach Graz, aber nach Mittag komme ich nicht mehr zurück. Die Landesbahn fährt am Sonntag nicht. Es gibt zwar mehrere Privatanbieter in der Gegend, aber niemand bleibt bei mir in der Nähe stehen. Ich bin über 70 Jahre alt und möchte gerne noch etwas unternehmen in der Steiermark und in Österreich.

M. E., Graz-Umg.

### Kläranlage Knittelfeld – dreimal bezahlt?

Am 3. Oktober 2008 wurde – mit Pomp und Trara – die Eröffnung der neuen Kläranlage in Knittelfeld gefeiert. Es darf aber nicht vergessen werden: Bezahlt wurde das von uns Benutzern über die Kanalgebühren.

Erinnern wir uns: Erst war kein Geld für die neue Kläranlage da, weil die Rücklagen aus den Kanalgebühren anderweitig verwendet worden waren. Unter einem juristischen Vorwand sagte man: Die Benutzer müssen die neue Anlage mit fast eineinhalbfacher Kapazität bezahlen. Und das, wo es im Bezirk eher stagnierende Bevölkerungszahlen gibt.

Die Errichtungskosten betragen pro Haushalt mehrere hundert Euro. Das ist mir insofern schmerzlich bekannt, als ich in Seckau diese „Spezialsteuer“ als Einmalzahlung zu leisten hatte. Hier wurde das Modell verwendet, das in Judenburg in letzter Sekunde zu Fall gebracht wurde. Erspart bleibt diese Belastung aber keinem angeschlossenen Haushalt: Der Betrag wird mit den Kanalgebühren – inklusive Finanzierungskosten – eingehoben.

Es ist nur zu hoffen, dass man die Haushalte nun auch an der in der neuen Anlage gewonnenen erneuerbaren Energie teilhaben lässt.

Als Kunde mache ich mir Sorgen, dass ich für die neue, überdimensionierte Anlage dreimal bezahlen muss: Zuerst über die Kanalgebühren, die ja eigentlich dazu da sind, die Anlage „auf dem Stand der Technik“ zu halten. Zweitens über die „Spezialsteuer“ in Form einer Einmalzahlung. Und drittens: ich befürchte, dass ich nun zusätzlich zur Einmalzahlung die Finanzierung der neuen Anlage mit den derzeitigen Kanalgebühren mittrage.

Es wäre erfreulich, wenn der Abwasserverband Knittelfeld und Umgebung seine Kunden über solche Sachverhalte aufklärt, denn „Klärung“ ist ja sein Geschäft!

A. Fuchs, Seckau

## Straßentheater gegen Eurofighter



Die Mühlen der Ungerechtigkeit mahlen langsam: Eineinhalb Jahre nach einer Protestkundgebung vor dem Militärflughafen Zeltweg sollen die Aktivisten des Straßentheaters bestraft werden, weil die Kundgebung angeblich nicht angemeldet war. Der Einspruch hat die Behörde offensichtlich eineinhalb Jahre beschäftigt. Das Gericht

# KAPUN.AT Immobilien

## Immobilien-Energieausweis!

(Ab 1. Jänner 2009)

**Energieausweis-Vorlage-Gesetz (EAVG)**

**Vorlagepflicht**

§ 3. (1) Beim Verkauf eines Gebäudes hat der Verkäufer dem Käufer, bei der In-Bestand-Gabe eines Gebäudes der Bestandsgeber dem Bestandsnehmer bis spätestens zur Abgabe der Vertragserklärung des Käufers oder Bestandsnehmers einen zu diesem Zeitpunkt höchstens zehn Jahre alten Energieausweis vorzulegen und ihm diesen, wenn der Vertrag abgeschlossen wird, auszuhändigen.

(2) Wird nur ein Nutzungsobjekt verkauft oder in Bestand gegeben (vermietet oder verpachtet), so kann der Verkäufer oder Bestandsgeber die Verpflichtung nach Abs. 1 durch Vorlage und Aushändigung eines Ausweises entweder über die Gesamtenergieeffizienz dieses Nutzungsobjekts oder über die Gesamtenergieeffizienz eines vergleichbaren Nutzungsobjekts im selben Gebäude oder über die Gesamtenergieeffizienz des gesamten Gebäudes erfüllen.

**Sie haben noch keinen Termin?**  
Anfragen, Infos oder Termine unter 0664 / 530 6 833



**BERNADETT RENNER**  
Immobilienfachberater

**KAPUN.AT Immobilien**  
Turmgasse 19  
A-8700 Leoben  
Tel.: 03842 / 30717



**WOLFGANG KAPUN**  
Immobilienmakler



**Mit Dir**

0664-1517124

Für Menschen mit und ohne Behinderung

www.mit-dir.org

ZVR: 42159923

hat folgendes festgestellt: Die Teilnahme an einer spontanen Kundgebung ist zwar erlaubt, die Nichtanmeldung einer spontanen Kundgebung aber nicht.

Das heißt also: Spontane Kundgebungen dürfen nicht spontan sondern nur angezeigt abgehalten werden.

Hauptsache wir haben Meinungsfreiheit.

3. Dezember: Wien, Albertina  
**Van Gogh-Ausstellung**  
23-28. Dezember:  
Schlosshotel Egházásrádóc, HU  
**Steirische Weihnacht im  
Schloßhotel**  
29. Dezember - 3. Januar:  
Schloßhotel Egházásrádóc, HU  
**Silvester im Schloß**  
11-16. Januar : Szent Gotthard,  
Felsőmarác, Ungarn  
**Wellness im Thermalbad**

Mit Dir - Verein für Hilfe in allen Lebenslagen  
8010 Graz, Rechbauerstr.18, [www.mit-dir.org](http://www.mit-dir.org)

# Ist jetzt alles gerettet?

Mit hunderten Millionen Steuergeld wird nicht nur das marode Bankwesen gestützt, sondern vor allem die Privilegien und Profite der Bankmanager und Spekulanten. Bleiben uns Arbeitslosigkeit, Inflation und Wirtschaftsflaute?

Und wie unsere nebenstehende Umfrage zeigt: Auch viele Menschen, denen es nicht so gut geht, glauben, dass die Krise sie persönlich nicht treffen wird.

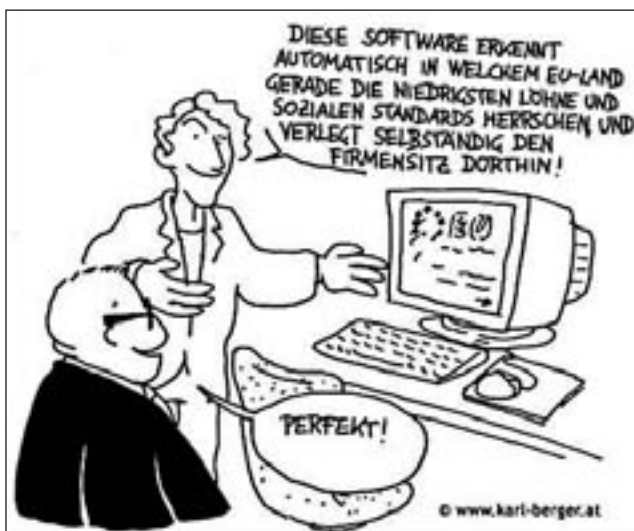
Es könnte aber anders kommen. Was ist in den letzten Wochen nämlich gerettet worden? Die Privilegien und Profite der Bankmanager. Die sind nämlich vorderhand gerettet worden.

Womit sind sie gerettet wor-

den? Mit unserem Geld, mit hunderten Milliarden Euro an Steuergeldern. Wir alle werden dafür zahlen, dass beispielsweise die vier größten US-amerikanischen Pleitebanken in den letzten Jahren 30 Milliarden Dollar an Prämien für ihre Manager bezahlt haben. Wir haben mit niedrigen Löhnen dafür gezahlt, damit die Gewinne in die Spekulation umgeleitet werden konnten. Wir werden weiter dafür zahlen:

Mit Arbeitslosigkeit, mit Inflation und Wirtschaftsflaute. Die Arbeitslosigkeit steigt, das Geld wird weniger wert und die Preise steigen. Das Spiel der Banken und der Spekulanten wird weiter gehen. Denn für das Kapital ist dann „alles gerettet“. Für uns nicht – wenn wir uns nicht wehren.

Franz St. Parteder



„Alles gerettet!“ – Das ist ein geflügeltes Wort. Als im 19. Jahrhundert das Ringtheater in Wien brannte, sagte man amtlicherseits: „Alles gerettet“. Dann stellte sich heraus, dass es Dutzende Todesopfer gegeben hatte.

Jetzt stellen sich Politiker und Manager hin und sagen ebenfalls: „Alles gerettet“.

## Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

### Umfrage zur Finanzkrise:

Verlost werden T-Shirts und andere Sachpreise.

**Sollen Banken und Betriebe verstaatlicht werden, um die gefährliche Spekulationswirtschaft der globalisierten Marktwirtschaft zu unterbinden?**

- 1.) JA. Nur so kann Wirtschaft für das Wohl aller Menschen sorgen.
- 2.) NEIN. Die Marktwirtschaft muss sich selbst regulieren.

Schicken Sie mir unverb. Informationen der KPÖ.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL) \_\_\_\_\_



An die **Steirische Volksstimme**

co KPÖ - Ernest Kaltenegger  
Landhaus, Herrngasse 16  
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

## Beten um einen milden Winter...

... ist kein passendes Mittel die rasch steigenden Heizkosten in den Griff zu bekommen. Es gibt jedoch Möglichkeiten für Zuschüsse und Förderungen. Allerdings müssen dafür Ansuchen bzw. Anträge gestellt werden.

Gas und Fernwärme wurden in diesem Winter empfindlich teurer. Plus 25% beim Gas verrechnet die Energie Steiermark und plus 12% bei der Fernwärme.

Gaskunden, die weniger als 20.000 kWh Energie verbrauchen, können allerdings um einen „Gasbonus“ ansuchen. Bei Estag-Kundinnen und -kunden wird der Bonus automatisch abgezogen.

Bitter ist die Situation für jene, die mit Estag-Fernwärme heizen: Sie bekommen keinen Bonus.

### Heizkostenzuschuss des Landes

Dafür gibt es einen Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark. Für **Ölheizungen** bekommt man 150 Euro, für alle **anderen Brennstoffe** 70 Euro.

Den Zuschuss bekommen alle Steierinnen und Steirer, die seit dem 1. September 2008 ihren Hauptwohnsitz in der Steiermark haben und deren Haushaltseinkommen bestimmte Grenzen nicht übersteigt (Alleinstehende: 901,50 Euro, Haushaltsgemeinschaften: 1.351,50 Euro).

Bezieher/innen der Wohnbeihilfe NEU haben keinen Anspruch auf den Heizkostenzuschuss des Landes.

Die Zuschüsse müssen in den Gemeindeämtern beantragt werden.